

Begrüssung zur 30. Albisgüetli-Tagung durch Parteipräsident
Konrad Langhart

100 Jahre SVP sind nicht genug!

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen, liebe Gäste

Sie und ich, wir lieben unser Land. Und wir alle wissen auch warum. Und wir treffen uns alljährlich hier im Albisgüetli, weil uns unser demokratischer Rechtsstaat am Herzen liegt und wir aber auch je länger je mehr zur Kenntnis nehmen müssen, dass andere Parteien, Vertreter aus Regierungen und der Gerichte nicht einfach orientierungslos scheinen, sondern manchmal ganz bewusst und gezielt unsere demokratische Ordnung verlassen und rechtsstaatliche Grundsätze und Regeln in Frage stellen.

Die Politik ist juristischer und komplexer geworden. Das wird von Linken und Windfahnen genutzt, um den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Da werden beispielsweise Sprachregelungen und phantasievolle Wortschöpfungen erfunden, wie zum Beispiel im Verhältnis zur EU. Da spricht der Bundesrat von Rahmenabkommen, Herr Junker aus Brüssel nennt das Gleiche Freundschaftsvertrag oder eine Kommissionspräsidentin taufte es kürzlich Bilaterale 3. Dabei sollte es korrekt heissen: Anschlussvertrag oder automatischer Rechtsübernahmevertrag.

Oder man vermischt beispielsweise die Verhältnismässigkeit mit der Rechtmässigkeit. Kriminelle, vor allem solche mit einem Mitgrationshintergrund sollen verhältnismässig bestraft werden. Und eine Ausschaffung ist schon gar nie verhältnismässig. Für Wiederholungstäter gibt es neuerdings sogar einen Strafrabatt. Das hat unser glorreiches Parlament so beschlossen.

Normale Bürgerinnen und Bürger wie Sie und ich müssen aber rechtmässig nach dem Buchstaben des Gesetzes bestraft werden, wenn wir falsch parkieren oder ein Verkehrsschild

missachten. Von einem Rabatt habe ich hier noch nie etwas gehört.

Sie alle haben sicher irgendwann in der Schule von der Gewaltenteilung, von den drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative gehört. Eigentlich ein einfaches und doch geniales Prinzip, das eine Machtkonzentration im Staat in wenigen Händen verhindert. Das Parlament erlässt Gesetze, die Regierung setzt diese Gesetze um und das Gericht spricht Recht. Höchste Gewalt in unserem Land ist aber immer noch die Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger - das Volk!

In der Praxis wird dieses Prinzip aber laufend verwässert.

Ich frage Sie meine Damen und Herren:

Wurde die Verwahrungsinitiative umgesetzt? NEIN!

Werden kriminelle Ausländer ausgeschafft, so wie das Volk es beschlossen hat? NEIN!

Steuert die Schweiz die Zuwanderung wieder selbständig, wie es das Volk verlangt hat mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative? NEIN!

Was machen unsere Richter? Einige von Ihnen lassen sich von irgendwelchem internationalen Recht leiten und missachten damit nicht nur die Gewaltenteilung und den Willen des Volkes, sondern schlicht die Verfassung der Schweiz.

Und was machen Teile unserer Regierungen auf allen Stufen, die eigentlich die Aufträge des Volkes oder der Parlamente in der Praxis umsetzen sollten?

Sie scheinen manchmal besser zu wissen als die Stimmbürger selbst, was das Volk will. Es macht hin und wieder den Anschein, dass ihnen Volk und Parlamente als Störfaktoren vorkommen, die man zwar nicht loswerden kann, die man aber möglichst umgeht oder ignoriert.

Und die Parlamente selbst? Ein durchschnittlich interessierter Bürger und Medienkonsument musste während der letzten Session der eidgenössischen Räte zwangsläufig zur Erkenntnis

gelangen, dass die Parlamentarier mehr mit sich selber beschäftigt gewesen sind, als mit der Zukunft der Schweiz. Das wichtigste Papier der Session war wohl der Leitfaden zum „Flirten unter der Bundeshauskuppel“. Natürlich haben da die Medien kräftig mitgeholfen, damit die wirklichen politischen Fragen zur Nebensache geworden sind. Und leider konnten auch ein paar SVP-Vertreter der medialen Versuchung nicht widerstehen auch noch ihren Senf zu dieser einfältigen Debatte dazuzugeben. Völlig unnötig! Das Vertrauen in die Politik leidet einmal mehr!

Unsere Wählerinnen und Wähler wollen Lösungen und seriöse Sachpolitik und keinen Klamauk oder Scheindebatten!

Es ist übrigens das gleiche Parlament, das den Volksauftrag zur Steuerung der Zuwanderung nicht umgesetzt hat.

Die SVP antwortet darauf jetzt mit der Begrenzungsinitiative, die diese Woche startet.
Unterschreiben Sie diese Initiative heute und jetzt!

Das Zürcher Obergericht hat im vergangenen Jahr entschieden, einen straffälligen deutschen Schläger nicht auszuschaffen, obwohl die Kriterien für den Landesverweis klar erfüllt sind, wie das Bezirksgericht festgestellt hat. Und das Obergericht argumentierte nicht etwa mit einem weiteren Härtefall, wie man das sich schon gewohnt ist. Nein, es sah eine Unvereinbarkeit mit der Personenfreizügigkeit. Das Obergericht stellt mit seinem Urteil das Freizügigkeitsabkommen also über die Verfassung und das Schweizerische Strafgesetzbuch. Damit werden einmal mehr internationale Verträge höher gewichtet als die eigene Rechtsordnung. Sollte das Bundesgericht diese Ansicht stützen - und das müssen wir leider befürchten - wird die Schweiz ihre Selbstbestimmung definitiv verlieren!

Die SVP hat immer davor gewarnt, dass das mit der „pfefferscharfen“ Umsetzung der Ausschaffungsinitiative nichts wird.

Die SVP antwortet mit der Selbstbestimmungsinitiative!

Sie kommt dieses Jahr zur Abstimmung. Es ist nötig, dass Sie sich, meine Damen und Herren in diesem Abstimmungskampf engagieren! Diese Initiative wird jetzt zur letzten Chance, solche Urteile in Zukunft zu verhindern.

Es kann nicht sein, dass Richtergerien im In- und Ausland mehr Kompetenzen haben als ein paar Millionen Schweizerbürger und Volksentscheide aushebeln!

Mit den offenen Grenzen, der Personenfreizügigkeit und dem gescheiterten Dubliner Abkommen ist die Ausländerkriminalität zu einem grossen Problem geworden, das sich nicht mehr wegdiskutieren lässt. Auch den linken Exekutiv-Politikern entgeht die Ausländerkriminalität nicht. Nur können sie mit dieser Problematik nicht umgehen, da die Ausländerkriminalität nicht in ihr ideologisches Weltbild passt. So hat die Stadt Zürich nun angeordnet, dass die Nationalität von Tätern inskünftig nicht mehr automatisch genannt wird. Während die Mehrheit des Schweizer Volkes kriminelle Ausländer ausschaffen will, versucht die Stadt Zürich nun die Fakten mit einer Verschleierungstaktik unter den Teppich zu kehren.

Aber der Stadtzürcher Polizeivorsteher hat die Geschichte vom Rotkäppchen und dem Wolf offenbar nicht gelesen. Diese Geschichte hat ein übles Ende für den Wolf! Und jetzt hat er es nicht mit dem naiven Rotkäppchen zu tun, sondern mit der Zürcher SVP. Er darf sich aber glücklich schätzen, ein Zürcher und nicht ein Walliser Wolf zu sein.

Wir antworten demokratisch mit der kantonalen Initiative "Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben"!

Diese Initiative ist vor einer Woche gestartet. Vergessen Sie nicht zu unterschreiben bevor Sie später am Abend das Albisgüetli verlassen. Vielen Dank!

Seit der eindeutigen Parolenfassung der Zürcher SVP im Oktober ist die Diskussion um die No-Billag-Initiative jetzt Schweizweit richtig in Fahrt gekommen. Wir wollten da früh einen Pflock einschlagen. Und das ist uns erfreulicherweise fulminant gelungen.

Es geht um nichts weniger als um die Frage, ob es noch zeitgemäss ist, in einem freiheitlichen Staat Zwangsabgaben für ein staatliches Radio und Fernsehen zu erheben. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selber entscheiden für welche Informations- und Unterhaltungsangebote sie bezahlen wollen und für welche nicht. Wir brauchen im Jahr 2018 keine Informationsmonopole mehr. Und wenn die Angebote der SRG tatsächlich so gut und ausgewogen sind, werden viele der heutigen Zwangskunden weiterhin freiwillig ein Abo lösen. Ich gebe zu, diese Ausgewogenheit ist tatsächlich nicht ganz einfach, wenn sich fast 70 % der SRG Journalisten selber als Linke bezeichnen, wie das inzwischen durch eine ZHAW-Studie belegt ist. Und ich frage mich, warum eigentlich die SRG, Bundesrat und Parlament panische Angst vor einer solchen Lösung haben? Die Krimireihe „Der Bestatter“ trägt nun wirklich nichts bei zum Zusammenhalt des Landes. Also bestatten wir am 04. März die Billag-Gebühr und machen den Weg frei für mehr Medienvielfalt!

Die Zürcher SVP feierte letztes Jahr den 100sten Geburtstag. Wir haben dieses Ereignis mit einer einfachen aber doch festlichen Feier am 19. März gewürdigt. Gegen 1500 Gleichgesinnte haben daran teilgenommen. Viele von Ihnen waren auch dabei. Vor 100 Jahren wurde die Bauernpartei gegründet. Und heute ist die SVP im urbanen Kanton Zürich eine umfassende Volkspartei geworden. Bei dieser Gelegenheit empfehle ich Ihnen auch sehr das Buch von Christoph Mörgeli. Es zeigt Ihnen anschaulich die politische Geschichte des Kantons Zürich und der SVP.

Weniger festlich, ja äusserst bedenklich war das, was sich vor dem Kongresshaus abgespielt hat. Der linke und gewalttätige Mob konnte nur mit einem Grossaufgebot an Sicherheits- und Polizeikräften in Schach gehalten werden. Und noch bedenklicher ist, dass dieser linke Meinungsterror von Parteien, die im Zürcher Parlament vertreten sind, noch Sympathien bekommt und von den Medien verharmlost wird.

Ein Grund mehr, für die Demokratie und gegen linke Rezepte zu kämpfen!

Sie sehen, meine Damen und Herren - wir haben keine Alternative.

Wir müssen weiterhin gewinnen, wir müssen Wahlen gewinnen und wir müssen Abstimmungen gewinnen! Und wir können gewinnen!

Und da stelle ich nicht etwa auf trügerische Wahlumfragen ab.

Nein, wir haben beispielsweise am Abstimmungswochenende vom 24. September zwei deutliche kantonale Erfolge in Kernanliegen der SVP verbuchen können. Mit der Änderung des Sozialhilfegesetzes werden vorläufig aufgenommene Ausländer keine Sozialhilfe mehr erhalten. Damit hat die SVP zusammen mit dem Zürcher Stimmvolk einen der vielen Fehlanreize im Asylwesen endlich beseitigt. Die überraschende Deutlichkeit des Abstimmungsergebnisses bestätigt die SVP des Kantons Zürich in ihren Bestrebungen, die zahlreichen Missstände im Asyl- und Sozialwesen zu beheben.

Auch mit der Annahme des Gegenvorschlags zur «Anti-Stauinitiative» konnte die SVP einen weiteren Abstimmungserfolg verbuchen. Es war die SVP, welche die «Anti-Stauinitiative» lanciert und dann im Kantonsrat dem mehrheitsfähigen Gegenvorschlag zum Durchbruch verholfen hat. Die Annahme der Verfassungsänderung ist eine klare Absage an die links-grüne Verkehrsbehinderungspolitik, wie sie vor allem die Städte betreiben.

Aber wir dürfen uns jetzt nicht auf dem Erfolg ausruhen!

Meine Damen und Herren, wir müssen heute nicht nur für unsere politischen Anliegen kämpfen, sondern auch dafür sorgen, dass die schweizerischen Regeln und Grundsätze wieder eingehalten werden.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass das Fundament der Schweiz zunehmend verfault!

Dazu gehört auch, dass unsere Richter, unsere Regierungen und unsere Volksvertreter den Willen der Schweizerinnen und Schweizer wieder ernst nehmen und umsetzen.

Sie sehen, 100 Jahre SVP sind noch lange nicht genug! Es gibt unverändert viel zu tun!

In diesem Sinne danke ich Ihnen allen für Ihre Unterstützung!
Ich erkläre die 30. Albigüetlitagung für eröffnet und wünsche Ihnen einen schönen Abend!